



Niederschrift

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 136. Sitzung

- Vorwegauszug -

am Mittwoch, dem 19. Januar 2022, 14:00 Uhr,
als Videokonferenz

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Abg. Tim Brockmann (CDU)

Abg. Lukas Kilian (CDU)

Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)

Abg. Özlem Ünsal (SPD)

i. V. von Abg. Dr. Kai Dolgner

Abg. Katrin Fedrowitz (SPD)

Abg. Thomas Rother (SPD)

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)

Abg. Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Abg. Tobias von Pein (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizgesetzes und anderer Gesetze	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3340 (neu)	

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizgesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3340](#) (neu)

(überwiesen am 29. Oktober 2021)

hierzu: Umdrucke [19/6699](#), [19/6884](#), [19/6906](#), [19/6931](#), [19/6932](#),
[19/6933](#), [19/6939](#), [19/6944](#), [19/6954](#)

Abg. Rother weist auf die Stellungnahme des Vereins der Vereidigten Dolmetscher und Übersetzer in Hamburg VVDÜ (Umdruck 19/6939) hin. - Zur Forderung nach bundesweit einheitlichen Prüfungsinhalten für Übersetzerinnen und Übersetzer (§ 74 Absatz 3 LJG) berichtet Herr Dr. Mohr, Mitarbeiter im Referat „Zivilrecht, Gerichtsverfassungsrecht, Freiwillige Gerichtsbarkeit“ des Justizministeriums, in der Tat sei dies aufgrund der Zuständigkeit der Bundesländer schwierig umsetzbar. Das Ministerium stehe jedoch mit den anderen Ländern im Austausch über Änderungsbedarfe, die durch die Einführung des Gerichtsdolmetschergesetzes entstanden seien. Er erwarte, dass es in diesem Bereich auf soweit wie möglich vereinheitlichte Prüfungsstandards hinauslaufe.

Auf eine Frage des Abg. Rother zu den Einwänden des VVDÜ zur Bestätigungsformel (§ 75 Absatz 1 LJG) erläutert Herr Dr. Mohr, soweit wie möglich sei das Gerichtsdolmetschergesetz des Bundes für den vorliegenden Gesetzentwurf als Bezug genommen worden. Dieses sehe die vom VVDÜ angeregte Bestätigungsformel auch für Polizei, Rechtsanwälte und Notare jedoch nicht vor. Wichtig sei, dass in der Gerichtsverhandlung ermöglicht werde, sich auf den allgemein geleisteten Eid zu berufen. Ziel sei es, einen Gleichlauf mit dem Bundesrecht zu erreichen. In der Tat gebe es aber Bundesländer, die eine entsprechende Erweiterung der Bestätigungsformel vorsähen. - Auf eine Nachfrage der Abg. Ünsal hierzu bestätigt Herr Dr. Mohr, dass der Bereich der Gebärdendolmetscher auch im vorliegenden Gesetzentwurf geregelt werde. Er betont, für den vorliegenden Gesetzentwurf sei der Gleichlauf mit dem Gerichtsdolmetschergesetz formulierungsleitend gewesen. Die Bereiche der Tätigkeit für Polizei, Rechtsanwälte und Notare unterfalle mithin auch nicht dem originären Bereich des vorgelegten Gesetzentwurfs.

Schließlich erwähnt Abg. Rother den Hinweis des VVDÜ zum Bestands- und Vertrauensschutz, demzufolge es nach dem 12. Dezember 2024 nicht mehr möglich wäre, sich auf den geleisteten Eid zu berufen (§ 79 Landesjustizgesetz). - Herr Dr. Mohr berichtet hierzu, man

müsse zwischen den Gerichtsdolmetschern und den übrigen Sprachmittlern differenzieren. In der Tat sähen die bundesrechtlichen Übergangsbestimmungen vor, dass bis Dezember 2024 die Gerichtsdolmetscher einen neuen Eid nach dem Gerichtsdolmetschergesetz zu leisten hätten. Der vorliegende Gesetzentwurf des Landes sehe für die übrigen Sprachmittler eine Übergangsfrist bis 2027 vor. In den verbleibenden gut fünf Jahren werde ein erheblicher Verwaltungsaufwand auf die Justizverwaltung zukommen. Es befinde sich jedoch ein Schreiben der Länder an das Bundesjustizministerium in Vorbereitung mit der Bitte, die Frist vom 12. Dezember 2024 für die Gerichtsdolmetscher zu verlängern. Ziel des Gesetzentwurfs sei aber die Vereinheitlichung hoher Standards im Bereich des Dolmetschens und Übersetzens im gerichtlichen Bereich, sodass insgesamt nur die genannten Übergangszeiten vorgesehen seien.

Der Ausschuss kommt überein, dem Landtag zur Februar-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.